



Louisa Linke

Informationsfreiheit ›trotz‹ Netzwerkdurchsetzungsgesetz?

Eine verfassungsrechtliche Betrachtung anhand
der Compliance-Vorschriften

Internetrecht und Digitale Gesellschaft, Band 30

298 Seiten, 2021

Print: <978-3-428-18448-4> € 89,90

E-Book: <978-3-428-58448-2> € 79,90

Das NetzDG erfuhr bereits während des Gesetzgebungsverfahrens erhebliche verfassungsrechtliche Kritik aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Die Arbeit widmet sich dieser Thematik, wobei sie den Fokus auf die Frage der Ausgestaltung der Compliance-Regelungen im Einklang mit der Informationsfreiheit legt. Hierfür wird eingangs die Bedeutung dieser kurz nachgezeichnet. Anschließend werden die Compliance-Regelungen des NetzDG *de lege lata* vor diesem Hintergrund beurteilt, wobei die Autorin eine Verfassungswidrigkeit der Ausgestaltung erkennt. Den Erkenntnissen folgend werden *de lege ferenda* verschiedene Novellierungsansätze diskutiert, wobei auch rechtsvergleichende Aspekte einbezogen werden. Aufgrund der verfassungsrechtlichen Anforderungen sowie der bestehenden Regelungsstruktur erfolgt eine Empfehlung zur Umsetzung nur ausgewählter Novellierungsvorschläge. Die Arbeit schließt mit einem konkreten Formulierungsvorschlag zur Änderung des NetzDG.

Inhalt

1. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Gesetzgebungsverfahren — Zweck des Gesetzes — Ergebnis

2. Die Durchsetzung des Rechts in sozialen Netzwerken

Rechtliche Verantwortlichkeit der Anbieter — Beurteilungsschwierigkeiten — Implikationen des NetzDG — Ergebnis

3. Das Grundrecht auf Informationsfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 GG – *de lege lata* gewährleistet?

Einleitende Anmerkungen — Schutzbereich — Eingriff — Rechtfertigung — Ergebnis

4. Die Compliance-Vorschriften *de lege ferenda*

Ansätze für eine Novellierung — Notwendigkeit der Compliance-Vorschriften

5. Schlussbetrachtung

Anhang I: Das Gesetz *de lege ferenda* – ein Vorschlag — Anhang II: Annex

Literatur-, Link- und Sachverzeichnis